

Vorlage Nr.	JHA 06/2024	
für die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen 26.09.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bericht: Bestandsaufnahme, Bedarfe und Maßnahmenplanung im Rahmen der AG 78 "Jugendhilfeplanung in der Jugendförderung"

A Problem

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung

1. den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen,
2. den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und
3. die zur Befriedigung des Bedarfs notwendige Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann. (§ 80 SGB VIII).

B Lösung

In Bremerhaven ist eine Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 SGB VIII eingerichtet, in der - wie gesetzlich vorgesehen - die anerkannten freien Träger und geförderten Träger der Jugendhilfe gemeinsam mit dem Amt für Jugend, Familie und Frauen geplante Maßnahmen im Bereich der Jugendförderung miteinander abstimmen. Ziel der AG ist es, die Träger der freien Jugendhilfe und in diesem Fall insbesondere die Jugendverbände und die Wohlfahrtsverbände an der Diskussion um die angemessene aktuelle fachliche Gestaltung der Angebote der Jugendförderung zu beteiligen und die Ergebnisse gebündelt in die weiteren Gremien einzubringen.

In der AG 78 „Jugendhilfeplanung in der Jugendförderung“ wirken der Stadtjugendring, die Jugendverbände Evangelische Jugend, BDKJ, Falken, Sportjugend, Arbeit und Leben und Wohlfahrtsverbände wie die AWO und die Diakonie mit. Auch weitere geförderte Träger sind zur Mitarbeit eingeladen, darüber hinaus die entsprechend zuständigen bzw. im Arbeitsfeld Jugendförderung tätigen Bereiche des Amtes für Jugend, Familie und Frauen. Die AG 78 entsendet ein beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Im Rahmen der letzten Bestandsaufnahme aus 2020 stellte das Amt für Jugend, Familie und Frauen den Bestand an Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen und Diensten der Jugendförderung fest und schuf damit die Voraussetzungen für die Erörterung der Planung erforderlicher Maßnahmen durch die Entscheidungsgremien. Auf Basis dieser Bestandsaufnahme wurde im Anschluss an die Präsentation und den Diskurs über die Ausarbeitung in der AG 78 „Jugendhilfeplanung in der Jugendförderung“ am 31.08.2020 ein Maßnahmenentwurf erarbeitet.

Die Wünsche der Jugendlichen wurden unter Abgleich mit den Daten zur Lebenslage und dem bestehenden Angebot in Bedarfe und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung für Bremerhaven umformuliert. In Kleingruppen wurden vier Maßnahmen mit folgender Priorisierung der Bedarfe erarbeitet:

1. Digitalpakt Jugendarbeit
2. Sozialräumliche Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
3. Verbesserung der Mobilitätsstrukturen
4. Müllproblematik

In der AG 78 wurden die Bedarfe und Maßnahmen im Rahmen der vergangenen Sitzungen seit 2021 weiter beraten, differenziert, ausgearbeitet und ggf. umgesetzt.

1. Digitalpakt Jugendarbeit und zeitgemäßes Portal zur bedarfsgerechten Informationsvermittlung

Digitalisierung war als Thema besonders relevant, da während der Corona-Zeit die Mängel im Bereich Digitalisierung besonders in Erscheinung getreten sind. Zur Infrastruktur und Ausstattung wurden Umfragen in allen Freizeiteinrichtungen und Jugendverbänden durchgeführt, um den Bestand der technischen Ausstattung zu erfragen und einen Austausch der Materialien zu ermöglichen. Es wurde ein Padlet eingerichtet, auf dem die digitalen Tools, die in der Jugendarbeit genutzt werden können, dargestellt sind. Weiterhin wurden Listen mit Materialien zugänglich gemacht. Im Bereich Infrastruktur macht ein Austausch weiterhin Sinn. Die Vernetzung zwischen den Einrichtungen und den Verbänden hat sich verbessert, so dass die gemeinsame Nutzung der Ausstattung (z.B. spezielle Kameras, Tablets in größerer Anzahl, spezielle Beschallung, etc.) gut funktioniert.

Social Media ist die Kommunikationsform von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Internet. Diese sollte für Freizeiteinrichtungen zugänglich und nutzbar gemacht werden. Es wurden Social Media Qualitätsstandards (für Instagram) entwickelt. Alle städtischen Jugendfreizeit-Einrichtungen haben inzwischen Medienhandys, es gibt medienpädagogische Konzepte und gut bespielte Instagram-Accounts. Die Homepage jugend-bremerhaven.de wurde auf den Weg gebracht.

Im Bereich der Weiterbildung für Fachkräfte und für Kinder und Jugendliche gibt es weiterhin einen ansteigenden Bedarf. Aufgrund der schnellen Entwicklungen im digitalen Bereich ist und bleibt dieser Bedarf ein stetiges Thema, welches kaum abgeschlossen werden kann. Aktuelle Themen sind: Umgang mit und Aufklärung zu „Fake News“ und Desinformation. Hier lag der Schwerpunkt auf der medienpädagogischen Bildung der Fachkräfte. Vor allem das richtige (An)Leiten von Online Konferenzen wurden gelehrt und auf mögliche Tools im Padlet verwiesen. Whatsapp in der Jugendarbeit, TikTok und Co. sind Themen, die zwingend weiterbearbeitet werden müssen u.a. für Schulungszwecke, z.B. um zu vermitteln, wie diese sicher genutzt werden können.

Die Finanzierung für jugend-bremerhaven.de muss langfristig gesichert werden. Die Jugendverbände sollten ebenfalls die finanzielle Möglichkeit erhalten, professionelle Werbung (Öffentlichkeitsarbeit) machen zu können. Aktuell gibt es keine Finanzmittel, die dafür zur Verfügung stehen, um beispielsweise professionelle Websites und Flyer und einen Social Media Account zu erstellen und fortlaufend zu pflegen.

Für eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist eine Professionalisierung notwendig. So wurden Stellenausschreibungen für Werkstudierende zur Weiterentwicklung der Website jugend-bremerhaven.de auf den Weg gebracht. Sie sollen die Internetseite ansprechend und jugendgerecht für junge Menschen in Bremerhaven gestalten sowie die Angebote für junge Menschen in Bremerhaven durch kleine Filme verdeutlichen.

Über den Digitalpakt hinaus werden ausblickend „mediale“ Gesundheitsprojekte in Freizeit-

einrichtungen und an Schulen (Lehe & Grünhöfe) veranstaltet. Im Rahmen von Medienkompetenzschulungen werden Workshops für Jugendliche stattfinden sowie Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z.B. zu den Themenbereichen: Fake News, Hatespeech, Mobbing, Selbstdarstellung im Netz, etc.).

2. Sozialräumliche Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Für die Darstellung der sozialräumlichen, öffentlichen Aufenthaltsräume für Jugendliche und junge Erwachsene wurde die Karte „youth map“ erstellt. Hierbei handelt es sich um eine interaktive Karte, auf der junge Menschen Aufenthaltsorte oder Bewegungsangebote in allen Stadtteilen digital finden.

3. Verbesserung der Mobilitätsstrukturen

Zur Verbesserung der Mobilität braucht es im Bereich Bildung & Teilhabe die Möglichkeit, dass 0 bis 18 jährige Kinder und Jugendliche den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen können. Die AG 78 wird sich weiterhin für die Verbesserung von Mobilitätsstrukturen einsetzen.

4. Müllproblematik

Das Thema der Müllproblematik ist in allen Städten, so auch in Bremerhaven, relevant. Das Amt für Jugend, Familie und Frauen hat in 2023 die Maßnahme „Trashbusters“ in Zusammenarbeit mit der GISBU für die Ableistung von Sozialstunden ins Leben gerufen. Zunächst wurden sogenannte „Müll-Hotspots“ – in Zusammenarbeit mit dem Bürger- und Ordnungsamt – lokalisiert. Die Maßnahme ist für Jugendliche ab 14 Jahren vorgesehen und die Zuweisung erfolgt durch das Gericht zur Ableistung der Sozialstunden. Die Maßnahme wird fortlaufend durchgeführt und zeigt erste Erfolge. Darüber hinaus werden in Jugendeinrichtungen sowie mit dem Jugendparlament immer wieder verschiedene Müllsammelaktionen oder Müllaktionstage durchgeführt.

Die AG 78 arbeitet weiter an den noch offenen Themen:

- Das Ausführungsgesetz des Bundes zur weiteren Ausgestaltung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII wird noch in 2024 erwartet. Die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure in Bremerhaven ist inzwischen gut aufgestellt und soll nach Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes unter Einbeziehung der Leistungserbringer der Eingliederungshilfe weiterentwickelt werden.
- Die „FreiKarte“ wurde im Bundesland Bremen im Jahr 2022 eingeführt und enthält ein Guthaben von 60 €. Die AG 78 begrüßt ausdrücklich die Fortführung der „FreiKarte“ im Rahmen der „Freikarte 2.0.“ bis 2025 und bringt sich in eine qualitative Weiterentwicklung ein.
- Ebenfalls begrüßt die AG die Weiterführung des im Jahre 2023 eingeführten „Kulturpasses“ auf Bundesebene für das Jahr 2024 und setzt sich dafür ein, dass alle 18-jährigen in der Stadt Bremerhaven über das Angebot informiert sind.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Die besonderen Belange in Bezug auf die Gleichstellung aller Geschlechter werden bei der Konzipierung der durchgeführten und geplanten Maßnahmen berücksichtigt.

Es liegen keine klimaschutzrelevanten Auswirkungen vor. Besondere Belange von Menschen mit Behinderung, des Sports oder ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind liegen nicht vor. Die Vorlage betrifft keine Stadtteilkonferenz, die informiert werden müsste. Die besonderen Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden überprüft und die Beteiligung an sie betreffenden Themen durchgeführt und dokumentiert.

E Beteiligung / Abstimmung

Der Bericht ist mit der AG §78 Jugendhilfeplanung für die Jugendförderung abgestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Im Rahmen der öffentlichen Sitzung. Das Dezernat III stellt die Veröffentlichung nach dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz sicher.

G Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht Bestandsaufnahme, Bedarfe und Maßnahmenplanung im Rahmen der AG 78 „Jugendhilfeplanung für die Jugendförderung“ zur Kenntnis und bittet um regelmäßige Berichterstattung.

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen nimmt den Bericht Bestandsaufnahme, Bedarfe und Maßnahmenplanung im Rahmen der AG 78 „Jugendhilfeplanung für die Jugendförderung“ zur Kenntnis und bittet um regelmäßige Berichterstattung.

Günthner
Stadtrat